Massiver Dämpfer für die E-Mobilität

Von Jens Meiners, cen

Noch immer befindet sich die Elektromobilität in der Nische, und die Verkäufe – im Juli waren es mit rund 25.000 Einheiten deutschlandweit knapp elf Prozent des Gesamtvolumens - müssen durch massive Subventionen gestützt werden. Jetzt mehren sich Korrekturen seitens der Politik: Der gestern präsentierte, akribisch ausgehandelte Entwurf des Koalitionsvertrags von CDU, SPD und FDP in Sachsen-Anhalt setzt auf Technologieoffenheit statt erzwungener E-Mobilität.

Unter der Überschrift „Mobilität sichern" steht da: „Für einen realistisch umsetzbaren Weg zur Klimaneutralität des Verkehrs setzen die Koalitionspartner auf Technologieoffenheit bei der Antriebstechnik und beim Kraftstoff." Und führt im nächsten Satz eine ganze Reihe von Alternativen auf: "Fahrzeuge, die klimaneutrale Kraftstoffe nutzen – seien es synthetische Kraftstoffe, grünes Methan, Wasserstoff oder grüner Strom – sollten grundsätzlich gleichbehandelt werden."

Damit ist klar: Sachsen-Anhalt öffnet die Türe weit für die verschiedensten Technologien - und stellt sich damit gegen den europäischen Status quo. Denn der behauptet für Elektroautos einen CO2-Ausstoß von Null und lehnt gleichzeitig – mit Ausnahme von Wasserstoff – jede Anerkennung weiterer CO2-neutraler alternativer Kraftstoffe ab.

Nicht genug damit: Lediglich „grünen Strom" will die Regierung des Flächenlandes als klimaneutral betrachtet wissen. Auch das unterscheidet den Ansatz der neuen Regierung von aktuellen Vorschriften, die Strom beim Auto grundsätzlich als CO2-frei definieren. Dabei ist diese Annahme vor allem in Deutschland weit von der Realität entfernt. Denn hier wird der genutzte Strom im Vergleich zu Nachbarländern wie Frankreich besonders CO2-intensiv gewonnen.

Ob es zur Anerkennung als „Grünstrom" genügt, sich aus einem schmutzigen Netz zu bedienen und lediglich Gelder anders zu kanalisieren, wird im Koalitionsvertrag nicht thematisiert.

Der technologieoffene Ansatz der neuen Koalition in Sachsen-Anhalt könnte in anderen Bundesländern Nachahmer finden. Und er dürfte vor allem bei denjenigen Autoherstellern für Wirbel sorgen, die bereits hastig den Ausstieg aus der Verbrenner-Technologie proklamiert haben – als gäbe es keine sauberen Alternativen zum Elektroauto.

Für die neue Koalition in Sachsen-Anhalt ist jedenfalls klar: „Wir wollen, dass auch zukünftig jede Bürgerin und jeder Bürger selbst entscheiden kann, welche Technik er nutzt, um von A nach B zu kommen." Und es gibt noch einen anderen Grund: Rund 270 Zulieferer der Automobilbranche gibt es in Sachsen-Anhalt, und sie geben rund 26.000 Menschen Arbeit, weitgehend mit Komponenten für klassisch angetriebene Autos. Die Basis der Koalitionsparteien muss dem Vertrag übrigens noch zustimmen. (aum/Jens Meiners)

Bilder zum Artikel

Rainer Haseloff.

Foto: Autoren-Union Mobilität/CDU

Rainer Haseloff.

Foto: Autoren-Union Mobilität/CDU